

Johan den Hertog

## Kronprinz Wilhelm auf Wieringen (1918–1923). Nagelprobe für die niederländische Außenpolitik

DER ZUSAMMENBRUCH der deutschen Monarchie in den Novembertagen des Jahres 1918 zwang nicht nur den Kaiser, sondern auch seinen Kronprinz Wilhelm (1882–1951) zu einer schnellen Entscheidung über seinen Platz in der noch so unsicheren Nachkriegswelt. Der Kronprinz hatte seit 1914 das Oberkommando über die 5. Armee ausgeübt, unter anderem in der Schlacht um Verdun. Seiner Soldatenehre getreu hätte er nach der unvermeidlichen Kriegsniederlage seine Heeresgruppe gerne persönlich in sein Vaterland zurück begleitet, doch Oberbefehlshaber Paul von Hindenburg verwehrte ihm diesen Wunsch. Sogar eine private Rückkehr in das revolutionäre Deutschland hätte eine Eskalation herbeiführen können. Deshalb beschloss Wilhelm zwei Tage nach der »Flucht« seines Vaters, auch selbst in die neutralen Niederlande zu gehen. Zumindest verteidigte er diesen Schritt später so.

Viele, auch Wilhelm selbst, äußerten später Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung für eine Flucht. Allein schon die vorhersehbare Kritik aus rechten Kreisen, er habe damit seine Ehre verwirkt, ging ihm sehr nahe. Auch hätte es seine Entscheidung möglicherweise beeinflusst, hätte er gewusst, dass er nach dem jahrelangen Krieg weitere fünf Jahre getrennt von seiner Familie verbringen musste. Auf der kleinen Insel Wieringen (die heute Teil des Festlands ist) in der damaligen Zuidersee stand ihm nicht mehr als ein verlassenes Pfarrhaus im windigen Dörfchen Oosterland zur Verfügung. Ob seine Flucht nun wirklich unvermeidbar war oder nicht – Wilhelm wollte unter diesen Bedingungen seine Entscheidung für die Niederlande so schnell wie möglich rückgängig machen. Durch den umfangreichen Zugang zu bislang unbekanntem oder unzugänglich gehaltenem Archivmaterial kann Wilhelms Leben in diesen Jahren heute viel deutlicher als zuvor beschrieben werden.<sup>1</sup>

Wilhelms Zeit auf Wieringen – und insbesondere seine andauernden Heimkehrversuche – führten zu viel nationaler und internationaler Aufregung. In den ersten

<sup>1</sup> Die wenige Literatur über Kronprinz Wilhelm ist von begrenztem wissenschaftlichem Wert oder viel zu alt, um für diese Untersuchung herangezogen werden zu können. K.W. JONAS, *Der Kronprinz Wilhelm*, Frankfurt am Main 1962; P. HERRE, *Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der Deutschen Politik*, München 1954; H. RIES, *Kronprinz Wilhelm*, Hamburg/Berlin/Bonn 2001; H. PORS, *De prins van Wieringen*, Soesterberg 2000.

Nachkriegsjahren entwickelte sich die mögliche Rückkehr des Prinzen zu einem aufgeladenen Thema, das in den prekären deutschen politischen Verhältnissen große Krisen verursachen konnte. Wie waren im Lande die Meinungen über eine eventuelle Rückkehr verteilt? Und welche Folgen hatte diese Meinungsverteilung für Wilhelm und seinen Wunsch, heimzukehren? Wilhelms Rückkehr entwickelte sich außerdem zu einem schwierigen Thema in den französisch-britischen Diskussionen über ihre Deutschlandpolitik nach dem Krieg. Für die kleinen Niederlande, die Wilhelm aufgenommen hatten, stellte sich die Frage, ob die internationale Aufregung über dessen Aufenthalt und Rückkehr die Regierung zur Änderung ihrer traditionell neutralen, selbstständigen Politik zwingen würde. In den Kriegsjahren gelang es den Niederlanden trotz vieler diplomatischer Schwierigkeiten, unter Berufung auf völkerrechtliche Argumente einen eigenen, von den beiden Machtblöcken unabhängigen Kurs einzuschlagen.<sup>2</sup> Nachdem Deutschland geschlagen war, war es unklar, ob eine unabhängige Politik auch gegenüber dem mächtigen Block der alliierten Siegermächte möglich war. Konnten die Niederlande bei all dem internationalen Aufsehen um Wilhelm die bestehenden Grundprinzipien ihrer Außenpolitik aufrechterhalten?

### *Fünf Jahre Prinz von Wieringen*

Die niederländische Regierung wurde am Nachmittag des 12. November 1918 von Kronprinz Wilhelms Ankunft an der belgischen Grenze nahe Maastricht völlig überrascht. Niemand wusste, ob er noch an seinem Anspruch auf den Thron festhielt. Unklar war auch, ob er noch eine Armeefunktion ausübte. Wilhelm wurde deshalb sofort entwaffnet und vorübergehend in einem Limburger Schloss untergebracht. Nach gut einer Woche beschloss die Regierung die Internierung des Prinzen auf Wieringen.

Seine Unterkunft auf Wieringen war für die dortigen Verhältnisse zwar nicht unkomfortabel, doch jeder bemittelte Niederländer konnte angesichts des verlassenen Pfarrhauses auf einer abgelegenen, windigen Insel natürlich nur die Nase rümpfen. Die Bitten von Adjutant Müldner von Mülnheim an den Bürgermeister um einige Gegenstände des täglichen Bedarfs sprechen Bände: Kerzen, ein Ofen, Handtücher, Decken und sogar ein Bett – all das musste noch herbeigeschafft werden. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass in Außenminister Herman van Karnebeek Zweifel aufkamen: »Soll es sich mit dem Kronprinz gut entwickeln, wäre es sicher wünschenswert, dass der Drang, seinen Wohnort zu verlassen, so wenig wie möglich in ihm aufkomme. Wieringen erachte ich deshalb als unhaltbar, da die dortige Unterkunft unter jeder Kritik ist.«<sup>3</sup> Die Kronprinzenfrage war

2 J. DEN HERTOOG, *Cort van der Linden (1846–1935). Minister-president in oorlogstijd. Een politieke biografie*, Amsterdam 2007, S. 721–724.

3 Van Karnebeek an Kan, 29. November 1918. Nationaal Archief Den Haag (NA). Kabinett des Innenministers (2.04.26.02), Nr. 691 (Zitat ursprünglich auf Niederländisch).

inzwischen jedoch in den Händen des Innenministers. Sein höchster Beamter, Johannes Kan, der persönliche Ansprechpartner von sowohl dem Kaiser als auch dem Kronprinzen, hatte aber kurzfristig keinen besseren Internierungsort parat. Wilhelm musste sich mit seinem Schicksal abfinden.

Glücklicherweise konnte sich Wilhelm schon schnell mit den Bewohnern der Insel anfreunden. Mit Kan und dem Wieringer Bürgermeister Peereboom entstanden darüber hinaus gute Kontakte. Sie versuchten, die karge Verpflegung ein bisschen anzureichern; es entstand eine Telefonverbindung mit dem Festland und Wilhelm bekam ein Fahrrad.<sup>4</sup> Dann bemängelte der niederländische Rechnungshof, dass nicht alle diese Kosten vom niederländischen Staat zu tragen seien. Wilhelm blieb nichts anderes übrig, als Geld zurückzuzahlen.<sup>5</sup> Nur besaß er ohnehin schon nichts mehr. Er versuchte, sich Geld in Deutschland zu leihen, doch das war so kurz nach dem Krieg nicht leicht. Von einer Mark blieb in den Niederlanden fast nichts mehr übrig.<sup>6</sup> Seine einzige Möglichkeit war, seinen Vater zu fragen, zu dem er alles andere als ein gutes Verhältnis hatte. Letztendlich half ihm nach einem Besuch Müldner von Mülnheims seine Mutter in den ersten Jahren aus. Neben den Geldsorgen trug zum Trübsinn Wilhelms auch das nasse, windige Klima bei. Bei seiner Ankunft war sein Boot aufgrund von Nebel und Regen sogar gezwungen, eine Nacht lang vor der Küste vor Anker zu liegen. Und das kam auf Wieringen öfter vor, wie sich später zeigen sollte.

Die schwierige Anbindung an das Festland verstärkte die Einsamkeit, über die sich der Prinz fünf Jahre lang beklagte. In dieser Situation genoss der an Aufmerksamkeit und Menschen gewöhnte Wilhelm die vielen Neugierigen, die Wieringen besuchten. Sein Adjutant war diesem »Tourismus« weniger wohlgesinnt. Mit Unterstützung des Ortspolizisten schickte er verdächtige Figuren schnell von der Insel.<sup>7</sup> Noch gefährlicher waren die vielen Journalisten unter diesem Publikum. Anfangs gab Wilhelm noch ab und zu ein Interview, doch zu seinem Entsetzen zeigte sich, dass die Presse derartig viel Unsinn schrieb, dass er Journalisten immer mehr mied.

Für jeden Besuch des Festlandes benötigte Wilhelm die Zustimmung der niederländischen Regierung. Er konnte das trübe Leben auf seiner Insel also nicht einfach hinter sich lassen. Wilhelm hat anfangs sowohl die strengen Kontrollen als auch das Interesse der Sensationspresse zum Teil selbst verschuldet. Schon gleich in den ersten Monaten waren unter dem neugierigen Publikum Frauen, die nur allzu

4 Peereboom an Innenministerium, 9. Januar 1919 und Ruijs de Beerenbrouck an Van IJsselsteyn, 27. November 1918, NA. Kabinett des Innenministers, Nr. 691.

5 Kan an Peereboom mit Schriftstück des Rechnungshofs, 20. Oktober 1919 und Peereboom an Kan, 22. Oktober 1919 und 16. Januar 1920. NA. Innenministerium Abt. Inlandsverwaltung (»afd. binnenlands bestuur«) (2.04.57), Nr. 2395.

6 Wilhelm an Graf zu Eulenburg, 2. März 1919 und Graf zu Eulenburg an Wilhelm, 10. März 1919. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK). BPA Rep. 54, Nr. 17 und 18.

7 Müldner von Mülnheim, »Kalender der wichtigsten Wieringer Daten«. Bundesarchiv Berlin (BAB). Nachlass Müldner von Mülnheim, Nr. 2.

gern mit ihm in Kontakt kommen wollten. Die meisten von ihnen wurden schnell wieder von der Insel verwiesen, aber eine Frau namens Maartje Bays sonderte sich mit ihm in einem Haus ab, ohne dass die Vorhänge gut verschlossen waren. Als der Zuhälter dieser Frau auch noch einen Brief des Prinzen in die Hände bekam, der ihm als gutes Erpressungsmittel erschien, griffen die Probleme auf die Regierung über. Es ist deshalb auch kein Wunder, dass sowohl der niederländische Staat als auch Von Müldner abweisend reagierten, als Wilhelm nach dieser Affäre versuchte, die Zustimmung für regelmäßige Fahrten nach Amsterdam zu erhalten. »Das ist verrückt, er muss sich doch beherrschen können«, lautete das Urteil von Peereboom. Sogar der deutsche Gesandte in Den Haag war verärgert und ließ das den Prinzen auch wissen. Wilhelm wurde deutlich zu verstehen gegeben, dass die niederländische »Gastfreundschaft« auf diese Weise schnell ein Ende haben konnte.<sup>8</sup>

So blieb Wilhelm nicht viel anderes übrig, als es sich auf der Insel bequem zu machen. Die Regierung begründete diese Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit schon bald nicht mehr mit seiner Stellung als internierter Soldat und potenzieller Monarch. Im Dezember 1918 tat Wilhelm es seinem Vater gleich und verzichtete unter dem Druck von allen Seiten formell auf seinen Anspruch auf den Thron.<sup>9</sup> Er war auch nicht länger Angehöriger der Armee. Wilhelm war somit nur noch eine Privatperson, die sich als Ausländer in den Niederlanden aufhielt. Die niederländische Regierung hielt der deutschen Kaiserfamilie und den aufmerksam beobachtenden alliierten Regierungen entgegen, dass sie das Recht hatte, Ausländern einen festen Aufenthaltsort zu geben, wenn das im Interesse des Staates war. Die Alliierten, die über die Maßnahmen gegenüber der Kaiserfamilie noch lange keinen festen Entschluss gefasst hatten, forderten strenge Kontrollen. Die niederländische Regierung wollte sich dieser Forderung nicht öffentlich beugen, sondern in Eigeninitiative handeln. Um das noch zu unterstreichen, gab Van Karnebeek der französischen Gesandtschaft explizit zu erkennen, dass er keinen Grund für weitere Maßnahmen sah. Mit einem festen Aufenthaltsort für die Kaiserfamilie reizte die Regierung bereits die Grenzen des juristisch Machbaren aus.<sup>10</sup>

Wilhelm hat sich an seine Grenzen gehalten. Viel mehr Ausflüge als ab und zu einen Besuch bei seinen Eltern in Amerongen und später in Doorn machte er nicht. Als seine Mutter starb, durften Vater und Sohn noch nicht einmal den nach Potsdam abfahrenden Leichenwagen bis zur Grenze begleiten. Die Regierung gestattete ihnen nur die Begleitung bis zum nahe Doorn gelegenen Bahnhof

8 Peereboom an Kan, 12. Dezember 1918 (zwei Briefe) und 21. Dezember 1918 (Zitat ursprünglich auf Niederländisch). NA. Nachlass Kan (2.21.375), Nr. 11; Peereboom an Kan, 18. Dezember 1918 und Van der Feltz (Generalstaatsanwalt) an Justizminister Th. Heemskerk, 1. März 1919. Beide NA. Kabinett des Innenministers, Nr. 691; Kan an Von Müldner, 3. April 1919. BAB. Nachlass Müldner von Mülnheim, Nr. 1.

9 Verzichtsurkunde Kronprinz Wilhelm. GStAPK. BPA Rep. 54 E II, Nr. 1.

10 Prévost an MAE, 27. Juni 1919. Ministère des Affaires Etrangères Paris (MAE). Z-Allemagne, Nr. 26.

Maarn.<sup>11</sup> Wilhelm verbrachte seine Tage deshalb vor allem mit Ausflügen über Wieringen – nach einiger Zeit auf einem selbst angeschafften Motorrad – und mit dem Schmieden von Hufeisen. Das Interesse für dieses Handwerk war in seinen aristokratischen Kreisen groß. Er nutzte also gerne die Gelegenheit, beim örtlichen Schmied in die Lehre zu gehen.

Kan und Peereboom hätten dem Prinzen gerne mehr Möglichkeiten geboten, doch jeder Versuch, seinen Aufenthalt angenehmer zu gestalten, verursachte internationale Probleme. Von Anfang an überwachten Informanten der alliierten Regierungen Wilhelms Tätigkeiten. Sie befassten sich auch eingehend mit den Maßnahmen der Regierung zur Verhinderung einer Flucht. Unter all den Pressegerüchten, die so leicht über den Prinzen in Umlauf kamen, fanden sich besonders häufig Spekulationen darüber, dass Wilhelm das triste Wieringen verlassen habe. Die Alliierten nahmen solche Spekulationen sehr ernst. Eine Flucht hätte schließlich die Wiederherstellung der deutschen Monarchie bedeuten können.

Im Juni 1919, als die Presse wieder einmal Gerüchte über eine Flucht des Prinzen verbreitete und die alliierten Regierungen diesen Gerüchten kurzzeitig sogar Glauben schenkten, bewegte der französische Ministerpräsident Clemenceau seine Verbündeten zu einem offiziellen Protest bei Van Karnebeek.<sup>12</sup> Obwohl die Fluchtgerüchte jeder Grundlage entbehrten, verursachten sie so viel Nervosität, dass hohe Polizeibeamte aus der Region Amsterdam sofort reagierten, als einheimische Fischer eine Warnung über ein paar verdächtige Ausländer ausbrachten, die Kurs auf Wieringen genommen hatten. Möglicherweise organisierten sie die Flucht, so vermutete man. Es wurde prompt eine Gruppe Polizisten auf die Insel geschickt. Mitten in der Nacht weckten sie den Bürgermeister und zwangen ihn, sofort zu kontrollieren, ob der Prinz noch anwesend war. Dieser lag seelenruhig in seinem Bett und schlief. Für Peereboom war diese Sache Anlass, noch einmal zu betonen, dass es unsinnig war, die Kontrollen zu verschärfen. Man hätte dadurch dem Prinzen das Leben nur noch schwerer gemacht.<sup>13</sup> Doch die Alliierten interessierte das nicht. Die Geheimdienste blieben weiterhin in Alarmbereitschaft und kamen immer wieder zu der Schlussfolgerung, dass die Maßnahmen zur Verhinderung einer Flucht vollkommen unzureichend waren.<sup>14</sup>

Clemenceaus Ruf nach strenger Bewachung wurde in den Niederlanden besonders laut gehört, da er fast zeitgleich mit der Unterzeichnung des Vertrags von

11 Benoist an MAE, 12. April 1921. SHAT Vincennes (Paris). Nr. 6N211.

12 Clemenceau an Prevost, 27. Juni 1919 und Kopie Hankey an Foreign Office, 27. Juni 1919. MAE. Z-Allemagne, Nr. 26; Balfour an Townley, 26. Juni 1919. The National Archives London (TNA). FO608/144; Balfour an Townley, 1. Juli 1919. E.L. WOODWARD/R. BUTLER (Hrsg.), *Documents on British Foreign Policy 1919–1939* (DBFP). 1st series 1919–1925, London 1974–1986, Bd. V, S. 8 f. (Nr. 4).

13 Peereboom an Kan, 28. und 29. Juni 1919. NA. Innenministerium Abt. Inlandsverwaltung, Nr. 2395.

14 »Rapport sur la garde de l'ex-Kronprinz à Wieringen«, 1. Februar 1921. MAE. Z-Allemagne, Nr. 27.

Versailles kam. Darin wurde die Auslieferung des Kaisers gefordert, um ihn vor Gericht stellen zu können. Diese Pläne der Alliierten hatten schon seit 1918 zu mühsamen Diskussionen mit der niederländischen Regierung geführt, da Letztere nicht bereit war, in Paris ihre Politik bestimmen zu lassen. Die Niederlande waren nicht einmal Partei des Friedensvertrags. Vor dem Hintergrund der schleppenden Auslieferungsdiskussion kam Clemenceaus Ruf nach strengen Kontrollen sehr hart an. Einer der Minister bezeichnete seinen Brief als »verlogen und unverschämt, dass man darüber nur so staunen kann«. Man stieß sich vor allem am beherrschenden Ton der Großmächte gegenüber den Niederlanden. Die Antwort lautete deshalb, dass die Niederlande schon selbst beurteilen konnten, welche Pflichten die Anwesenheit der Kaiserfamilie mit sich brachte.<sup>15</sup>

Als der Vertrag von Versailles Anfang 1920 in Kraft trat, gelangten die Diskussionen über die niederländische Haltung erneut in den Vordergrund. Die Alliierten stellten nun formell einen Auslieferungsantrag für Kaiser Wilhelm und forderten gleichzeitig gemäß Artikel 228 des Vertrags von Versailles die Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern, um diese vor Gericht zu stellen. Anfang Februar erstellten die Alliierten eine Liste mit ungefähr 900 Männern, die auch bekannte Namen wie Hindenburg, Tirpitz und Ludendorff umfasste.<sup>16</sup> Auch Kronprinz Wilhelm stand auf dieser Liste. Er habe unter anderem im August 1914 Dörfer abbrennen lassen, in denen sich französische Soldaten aufhielten, und sei für ein Blutbad im belgischen Dorf Ethe im gleichen Monat verantwortlich.<sup>17</sup> Somit betraf die Auslieferungsdiskussion mit den Niederlanden Anfang 1920 nicht mehr allein den Kaiser, sondern genauso den Kronprinzen.

Die Kaiserfamilie erlebte damals eine Zeit großer Unsicherheit über das eigene Schicksal. Auch der Kronprinz fühlte sich als Opfer einer Hetzjagd. Ohnehin schon verärgert über all den Klatsch im Zusammenhang mit seinem Aufenthalt auf Wieringen und über seine tristen Lebensverhältnisse beschloss er, zumindest seine eigene Soldatenehre zu retten. In einem Telegramm an die alliierten Staatsoberhäupter wies er auf das beispiellos schwere Schicksal des deutschen Volkes hin. Dieses Schicksal nun noch mit einem Auslieferungsantrag für Hunderte Soldaten zu verschlimmern, erschien ihm unerträglich. Er als ehemaliger Thronfolger erklärte sich deshalb bereit, das Schicksal des deutschen Volkes auf sich zu nehmen. »Brauchen die alliierten und assoziierten Regierungen ein Opfer, so nehmen Sie mich.«<sup>18</sup>

15 Tagebuch Aalberse, 30. Juni 1919 in: J.P. DE VALK/A.C.M. KAPPELHOF (Hrsg.), *Dagboeken van P.J.M. Aalberse 1902–1947*. Den Haag 2007, S. 250 (Zitat ursprünglich auf Niederländisch); R. TER SLUIS, *De »Keizer-quaestie«. Nederland en de vlucht van Wilhelm II november 1918 – maart 1920*, Doorn 1996, S. 179.

16 G. HANKEL, *Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2003, S. 29, 30, 41 und 42.

17 Auszug über Kronprinz Wilhelm aus der »Liste des personnes désignées par les Puissances Alliées pour être livrées par l'Allemagne en exécution des articles 228 à 230 du Traité de Versailles et du protocole du 28 juin 1919«. Politisches Archiv Auswärtiges Amt Berlin (PA). R48436b.

18 Wilhelm an die alliierten Staatsoberhäupter, 9. Februar 1920. GStAPK. BPH Rep. 54 E Nr. 1.

Die treibende Kraft hinter diesem Telegramm war ein Geschäftsmann und Konsul aus Bremen namens Ludwig Roselius. In politischen Fragen war er ein Außenstehender, doch er gehörte zu der großen Gruppe von Männern, die auf Wieringen den Kontakt mit dem Kronprinzen suchten. Roselius konnte gute Beziehungen zu Müldner aufbauen und durfte Wieringen deshalb regelmäßig besuchen.<sup>19</sup> Als die Auslieferungsliste mit dem Namen des Prinzen Anfang Februar 1920 bekannt wurde, entstand der Gedanke, dass Wilhelm es einem Stand schuldig sei, etwas zu unternehmen. Über den genauen Inhalt wurde lange mit Müldner debattiert. Zwar war die schlussendliche Wortwahl von Wilhelms Telegramm nicht ganz nach Müldners Sinn, aber der Adjutant unterstützte das Vorhaben. Später sagte er zu diesem Schritt des Prinzen, dass es »ein schöner und edler Gedanke« gewesen sei.<sup>20</sup>

Müldner musste jedoch auch zugeben, dass der Effekt völlig konträr war. Eine Antwort der Alliierten blieb aus und hätte ihnen darüber hinaus auch nichts gebracht.<sup>21</sup> Den Kaiser erregte die Sache hingegen sehr. Das ohnehin schon schwierige Verhältnis zwischen Vater und Sohn erreichte einen traurigen Tiefpunkt. Sofort telegraphierte der Kaiser an seinen Sohn, dass er »auf das Äußerste erstaunt« sei. Zum Teil war die Wut des Kaisers vielleicht damit begründet, dass er sich wieder intensiv mit der Frage befassen musste, was seine »Flucht« für sein Ansehen als preußischer König bedeutete. Wenn die Ehre der Hohenzollern so sehr beschädigt war, wäre doch er der erste gewesen, der diese Ehre wiederherstellen hätte müssen. Die Antwort des Kronprinzen, dass die Rettung seiner Soldatenehre für ihn »das brennendste Herzensbedürfnis« war, dürfte dieses Gefühl nur noch verstärkt haben. Doch mehr noch: Wilhelm war auch »empört, daß ein solcher Schritt ohne mein Vorwissen und ohne Anfrage bei mir erfolgt ist, da er auch die hiesige Regierung in die schwerste Verlegenheit setzt«.<sup>22</sup>

Letzteres war keineswegs übertrieben. Die niederländische Regierung tat schon seit 1918 alles in ihrer Macht Stehende, um die Auslieferung der Kaiserfamilie zu verhindern, was sie mit der britischen Regierung in Konflikt brachte. Diese war zwar intern gespalten, drohte aber dennoch mit einer Wirtschaftsblockade und wollte die Niederlande nicht in den Völkerbund aufnehmen lassen.<sup>23</sup> Die niederländische Reaktion stand ganz im Einklang mit dem Grundprinzip der Außenpolitik, an das man sich auch im Krieg gehalten hatte. Als kleines Land mussten die Niederlande mithilfe des Völkerrechts einen eigenen, neutralen Kurs entwickeln, der sich von allen Versuchen der Großmächte, dem Land Vorschriften

19 Müldner von Mülnheim, »Kalender der wichtigsten Wieringer Daten«. BAB. Nachlass Müldner, Nr. 2.

20 Ebd.

21 »British secretary's Notes of an Allied Conference«, 18. Februar 1920. DBFP. 1st series Bd. VII, S. 119 (Nr. 13).

22 Kaiser Wilhelm an Kronprinz Wilhelm, 10. Februar 1920. GStAPK. BPH Rep 54 E Nr. 1.

23 N.J. ASHTON/D. HELLEMA, *Hanging the Kaiser: Anglo-Dutch Relations and the Fate of Wilhelm II, 1918–20*, in: *Diplomacy & Statecraft* 11 (2000), Bd. 2, S. 67–72.

zu machen, unabhängig zeigte. Hätte man Auslieferungsanträgen nachgegeben, hätte das diese Politik untergraben. Die Niederlande hätten sich dann offen den alliierten Forderungen gefügt und genau das wurde auch nach 1918 als unerwünscht angesehen. Natürlich durfte auch nicht der Eindruck des anderen Extrems entstehen. Die niederländische Politik durfte nicht als Unterstützung der deutschen Monarchisten dastehen. Genau wie während des Krieges war das Recht im Allgemeinen und das Völkerrecht im Besonderen auch jetzt ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Eine solche Politik konnte jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Hohenzollern jeder Einmischung enthielten. Sonst hätte sich das Gleichgewicht in Richtung Osten verlagert und wäre den völkerrechtlichen Argumenten der Boden entzogen worden.

Von Seiten des Auswärtigen Amtes in Berlin wurde die Bedeutung dieser Vorgehensweise erkannt und wurden die Niederlande darin unterstützt.<sup>24</sup> Auch Johannes Kriege, der als Berater der Kaiserfamilie in juristischen und finanziellen Fragen auftrat, verteidigte dieselbe Auffassung. Kriege war mit der niederländischen Politik gut vertraut, da er als ehemaliger Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes während des Kriegs durch seine Verhandlungen mit dem niederländischen Ministerpräsidenten einen entscheidenden Beitrag zur Beibehaltung der niederländischen Neutralität leistete.<sup>25</sup> Er war über die Art und Weise, wie sich der Kronprinz zu seinem unüberlegten Schritt verleiten hat lassen, verstimmt. Das verheimlichte er natürlich nicht vor dem Kaiser, der seinen Sohn in einem Telegramm rügte: »Daß ein Herr Roselius aus Bremen, ein unkluger Mann wie es scheint, bei Dir mehr Gewicht hat als Dein Vater oder Kan oder Kriege oder sonst andere Ratgeber, das ist geradezu niederschmetternd.«<sup>26</sup> Der Kronprinz antwortete mit einer Geste der Unterwerfung. Wilhelm schrieb Kan, dass er es »sehr bedauern würde, wenn ich durch meinen Schritt Ihnen und der Holländischen Regierung Schwierigkeiten bereitet hätte.«<sup>27</sup> Gleichzeitig schrieb er Kriege, dass ihm klar sei, wie sehr dieser sich für seine Interessen einsetze und erteilte er ihm die Vollmacht, diese Interessen weiterhin für ihn wahrzunehmen.<sup>28</sup>

Kriege hat sich tatsächlich sehr angestrengt für den Kronprinzen eingesetzt. Er betrieb intensive Nachforschungen über die juristische Zulässigkeit von Wilhelms Auslieferung. Wenig überraschend kam Kriege zu dem Ergebnis, dass die Auslieferung juristisch nicht haltbar sei. Erstens stand Wilhelm zum Zeitpunkt seiner Taten unter deutscher Macht und konnte er deshalb nicht später von einer ande-

24 Aufzeichnung Rosenberg, 24. September 1920. PA. R71437. Gevers erzählte Rosenberg bei einem Besuch, wie viel diplomatische Schwierigkeiten die Kaiserfrage in diesem Jahr verursacht hatte. Der Minister wollte sich jedoch von der Drohung britischer Sanktionen nicht abhalten lassen und notfalls selbst mit Sanktionen drohen. »Bravissimo« wurde dabei vermerkt.

25 DEN HERTOOG (wie Anm. 2), S. 574–602.

26 Kronprinz Wilhelm an Kaiser Wilhelm, 10. Februar 1920, Abschrift. NA. Nachlass Kan, Nr. 14; Kaiser Wilhelm an Kronprinz Wilhelm, 12. Februar 1920. GStAPK. BPH Rep 54 E Nr. 1.

27 Wilhelm an Kan, 12. Februar 1920. NA. Nachlass Kan, Nr. 10.

28 Wilhelm an Kriege, 12. Februar 1920. PA. Nachlass Kriege, Nr. 5.

ren Macht abgeurteilt werden und zweitens, argumentierte Kriege, handle es sich hier um einen Auslieferungsantrag aus politischen Motiven. In solchen Fällen gab es laut niederländischer Verfassung keinen Rechtsgrund, Ausländer auszuliefern. Mit einem Auge auf den politisch-rechtlichen Standpunkt der niederländischen Regierung abzielend, beendete Kriege seinen Bericht mit der Überzeugung, dass die Auslieferung deshalb nicht zu erwarten war. »Daß aber die Niederlande ihre Rechtsordnung nicht antasten lassen, am allerwenigsten durch auswärtige Einflüsse – das hat ihre ganze Geschichte gezeigt und auch neuerdings ihre Haltung in der Kaiserfrage unzweideutig erwiesen.«<sup>29</sup>

Als dieser Bericht erschien, hatte der Druck auf den Kronprinzen schon etwas nachgelassen. Auf Initiative der Briten, die im Gegensatz zu den Franzosen viel Wert auf politische Stabilität in Deutschland legten, hatten die Alliierten schnell zugestanden, die vermeintlichen Kriegsverbrecher nicht auszuliefern, wenn ihnen in Deutschland selbst ernsthaft der Prozess gemacht wurde. Zum Auftakt sollte eine Gruppe von 45 »überdeutlichen« Verbrechern vom Leipziger Reichsgericht abgeurteilt werden. Wilhelm war nicht darunter. Die Prozesse wurden im Mai 1920 tatsächlich in Gang gesetzt und führten nach einiger Zeit auch zu einigen leichten Verurteilungen. Ein Erfolg wurde dieses Tribunal aber nie. Schon Ende 1922 waren die Verfahren de facto niedergelegt. So lange die Alliierten sich nicht mehr um die Frage kümmerten, war auch keine Wiederaufnahme der Verfahren zu erwarten.<sup>30</sup>

Mit der Aufstellung dieser zweiten, kleinen Liste von Kriegsverbrechern hatte die Wahrscheinlichkeit eines schnellen Auslieferungsantrags an die Niederlande abgenommen. An den Sorgen der Alliierten um eine Flucht des Kronprinzen und eine Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland hatte sich jedoch nichts geändert. Im Hinblick auf den Kaiser musste die niederländische Regierung den Alliierten indessen versprechen, allen Verpflichtungen im Zusammenhang mit seiner Aufnahme nachzukommen. Um zu zeigen, dass es die Regierung mit diesen Verpflichtungen ernst meinte, wurde die Bewachung des Kaisers verstärkt und musste er eine Erklärung unterschreiben, dass er als Privatperson in den Niederlanden lebe, sich aller politischen Tätigkeiten enthielt und der Regierung somit keine politischen Schwierigkeiten bereiten werde. Ein königlicher Erlass bestimmte seinen genauen Aufenthaltsort.<sup>31</sup> Das genügte den Alliierten schließlich, um die Kaiserfrage stillschweigend abzuschließen.

29 »Denkschrift über die Zulässigkeit einer Auslieferung des Deutschen Kronprinzen aus den Niederlanden«, 14. April 1920. GStAPK. BPH Rep 54 E II, Nr. 2. Ebenso PA. Nachlass Kriege, Nr. 4.

30 HANKEL (wie Anm. 16), S. 46–50, 54–57 und 103 f.

31 Erklärung von Kaiser Wilhelm, 10. März 1920. NA. Kabinett des Innenministers, Nr. 698; Königlicher Erlass 16. März 1920 Nr. 58 und Ruijs de Beerenbrouck, Heemskerck und Van Karnebeek an Wilhelmina, 16. März 1920. Beide NA. Kabinett der Königin, Nr. 6539; TER SLUIS (wie Anm. 15), S. 212–223.

Im Falle des Kronprinzen war die internationale Erregung mindestens ebenso schwer zu beruhigen. Die Angst vor einer Flucht Wilhelms wurde immer größer, da sich drei Tage, nachdem der Kaiser seine Erklärung unterschrieben hatte, in Deutschland der Kapp-Putsch ereignete. Bei diesem Putsch schien es, als wollte Kapp die Monarchie wiederherstellen. Es ist deshalb auffallend, dass Wilhelm eine Woche nach seinem Vater ebenfalls eine Erklärung unterschreiben musste, in der er explizit versprach, niemals ohne Wissen der Regierung Wieringen zu verlassen, »um nach Deutschland zurückzukehren.«<sup>32</sup> Sein Aufenthaltsort wurde ebenfalls per königlichen Erlass festgelegt.<sup>33</sup> Inzwischen hatte die niederländische Regierung während des Kapp-Putsches einen Torpedobootzerstörer vor der Küste bei Den Oever stationiert. Es war das Gerücht im Umlauf, dass ein Flugzeug den Kronprinzen zur Unterstützung der Putschisten abholen werde. Natürlich kritisierte Wilhelm das als unnötiges Zeichen des Misstrauens.<sup>34</sup> Mit dem Ende des Kapp-Putsches war die Regierung schnell wieder bereit, ihn von derartigen Maßnahmen zu erlösen. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Der französische Gesandte warnte seinen Minister umgehend, dass die Bewachung des Prinzen nicht ausreichend war.<sup>35</sup>

Die niederländische Regierung hielt in Fragen um Kaiser und Kronprinz also immer dem Druck der Alliierten stand. Das tat sie nicht einfach aus Sympathie für die Hohenzollern. Es war eine Äußerung ihrer Selbstständigkeitspolitik – der tiefe Wunsch, sich nicht an eine der Großmächte Europas anzubinden. Während des gesamten Aufenthalts von Kronprinz Wilhelm auf Wieringen war die Haltung der niederländischen Regierung von dieser juristisch fundierten Sichtweise geprägt. Der große Unterschied zu den Jahren 1914 bis 1918 war, dass das Völkerrecht damals ein Hilfsmittel war, einen eigenen Kurs, zwischen den beiden Machtblöcken hindurch, einzuschlagen, während die Niederlande jetzt mit der Übermacht der Alliierten konfrontiert waren. So lange sich der Kronprinz in den Niederlanden aufhielt, blieben die Alliierten relativ ruhig. Außerdem gaben sie sich in der Kaiserfrage schließlich formell mit einem Verbleib in Doorn zufrieden. Wenn sich Wilhelm an die ihm auf Wieringen auferlegten Beschränkungen hielt, würde die Sache auch für ihn gut ausgehen, zumal die Idee einer Aburteilung von Kriegsverbrechern zunehmend in den Hintergrund geriet. Diese Zeit der relativen Ruhe konnte aber schnell wieder zu Ende gehen, falls der Prinz nach Deutschland abreisen sollte. In diesem Fall war es fraglich, ob die Alliierten die niederländische Selbstständigkeitspolitik akzeptieren würden.

32 Erklärung von Kronprinz Wilhelm, 19. März 1920. NA. Kabinett des Innenministers, Nr. 698.

33 Königlicher Erlass 20. März 1920 Nr. 58 und Ruijs de Beerenbrouck, Heemskerk und Van Karnebeek an Wilhelmina, 20. März 1920. Beide NA. Kabinett der Königin, Nr. 6540.

34 Graham an Curzon, 15. und 16. März 1920. DBFP. 1st series, Bd. IX, S. 711 f. (Nr. 642 und 643); Von Müldner an Kan, 16. März 1920. NA. Nachlass Kan, Nr. 14.

35 Benoist an MAE, 23. März 1920. SHAT Vincennes 6N211.

*Rückkehr nach Oels*

Für Kaiser Wilhelm bildete der Frühling 1920 den Wendepunkt zu einem etwas ruhigeren Leben. Mit dem Versanden des Auslieferungsantrags konnte er eine Übersiedlung nach Doorn durchsetzen, wo er sich ein Schloss kaufte. Sein Wunsch nach einer Rückkehr nach Deutschland war zwar sehnlich, aber auch fern. Beim Kronprinzen lagen die Dinge anders. Er hatte kein eigenes Schloss, sondern nur die Aussicht auf einen weiteren Winter in seinem kleinen Pfarrhaus auf Wieringen. Jetzt, wo sich die internationalen Beziehungen etwas zu stabilisieren schienen, dachte er konkreter als je zuvor an eine Rückkehr nach Deutschland. Deshalb teilte er der niederländischen Regierung mit, dass ihm die Aussicht auf einen weiteren Winter auf Wieringen unerträglich war. Er wollte nach Hause, zum Beispiel auf sein Schloss im schlesischen Oels, weit genug von Berlin entfernt, um keinen Anstoß zu erregen.

Van Karnebeek reagierte wohlwollend. Er ließ den Gesandten in Berlin, Baron Gevers, dem Innenminister Simons ausrichten, »daß es für den Kronprinzen körperlich, geistig und namentlich seelisch außerordentlich hart sein würde, einen dritten Winter in Wieringen zu verbringen, jeder Mensch müsse dort mit der Zeit ‚degenerieren‘«. Simons war nicht besonders empfänglich für dieses Argument. Nach Rücksprache mit dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten entschied die deutsche Regierung, dass es besser war, wenn Wilhelm seiner Heimat fernblieb, auch wenn es juristisch nicht leicht war, einem deutschen Staatsbürger die Rückkehr in sein Land zu verweigern. Eine Rückkehr Wilhelms konnte für die Alliierten zum Anlass genommen werden, auf eine schnelle gerichtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern in Leipzig zu drängen, während die deutsche Regierung froh war, dass diese Frage keine hohe Priorität mehr hatte. Theoretisch konnten sie dabei auch wieder ein Verfahren gegen Wilhelm fordern, der immerhin auf der anfänglichen, großen Liste gestanden hatte. Entscheidend war letztendlich aber die interne Lage in Deutschland. Es gab zu viele antimonarchistische Kreise, auch in der Umgebung von Oels, wodurch die Regierung nicht für Wilhelms Sicherheit garantieren konnte. Umgekehrt konnten Monarchisten eine Rückkehr für neuerliche Propaganda nach dem Kapp-Putsch benutzen. Die Zeit war also noch nicht reif. Es war deshalb das Beste, Wilhelm von einem offiziellen Antrag auf seine Rückkehr abzuhalten.<sup>36</sup>

Für Wilhelm war es eine bittere Pille, dass nicht nur die internationalen, sondern vor allem auch die innerdeutschen Verhältnisse seiner Rückkehr im Weg standen. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Stresemann kam im Beisein von Krie-

36 »Aufzeichnung des Gesandten von Rosenberg«, 24. September 1920. W. BUSSMANN (Hrsg.), *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik: 1918–1946* (ADAP). Serie A: 1919–1925, Göttingen/Baden-Baden, 1982–1995, Bd. III, S. 597 f. (Nr. 300); Gevers an Van Karnebeek, 8. Oktober 1920. J.A. WOLTRING (Hrsg.), *Documenten betreffende de buitenlandse politiek van Nederland 1919–1945* (DBPNL, »Dokumente zur niederländischen Außenpolitik«). Periode A: 1919–1930, 's-Gravenhage 1976–1992, Bd. II, S. 131 f. (Nr. 108).

ge nach Wieringen, um die Situation persönlich mit dem Prinzen zu besprechen. Stresemann war damals schon ein Bekannter des Prinzen und die Beziehung wurde nun noch freundschaftlicher. Mit Stresemann »freundete sich der Kronprinz ungeheuer an, seine frische und natürliche, kluge Art ist dem Hohen Herren ungeheuer sympathisch«, notierte Müldner. Viel konnte Stresemann jedoch nicht tun. Die Rückkehr wurde zu einer langwierigen Angelegenheit, das war die einzige Schlussfolgerung. Doch der Kronprinz hatte in Stresemann zumindest einen wichtigen Mitstreiter.<sup>37</sup>

Müldner startete zwar eine kräftige Offensive, um die Regierung seines Landes auf andere Gedanken zu bringen, ein unmittelbarer Effekt war von seinen Reisen nach Deutschland aber nicht zu erwarten. So verging nicht nur der Winter 1920/21, sondern ein weiterer schwerer Winter 1921/22. Dann hatte der Prinz endgültig genug. Die internationale Situation schien sich weiter zu stabilisieren und damit sah er seine Zeit als gekommen. Im Frühjahr reichte er beim deutschen Konsul einen offiziellen Antrag auf die Erlaubnis zur Rückkehr ein. Er setzte seine Hoffnungen jetzt auf Walther Rathenau, den damaligen Außenminister, dem Müldner das Anliegen persönlich vorbrachte. Von Rathenau war für eine Rückkehr durchaus Wohlwollen zu erwarten, wie schon allein aus dem Kontakt mit dem neuen deutschen Gesandten in Den Haag, Lucius von Stuedten, hervorging, der eine Rückkehr auch selbst als wünschenswert erachtete.<sup>38</sup>

Der Regierung lag die Sache dennoch gleich schwer im Magen. Die innerdeutschen Gegensätze hatten sich noch lange nicht aufgelöst. Als der offizielle Antrag im Mai im Ministerrat behandelt wurde, kam es gewissermaßen nur gelegen, dass einige Minister, darunter Rathenau, in Genua bei einer internationalen Konferenz waren. Nach ihrer Rückkehr wollte man die Sache weiter behandeln.<sup>39</sup> Dazu sollte es aber nie kommen. Zuerst gab es klassische diplomatische Verzögerungen, die Wilhelm dazu brachten, die Regierung formell an seinen Antrag zu erinnern.<sup>40</sup> Dann wurde Rathenau ermordet. Wilhelm musste sich mit der Mitteilung eines Mitarbeiters des ermordeten Ministers im Auswärtigen Amt trösten, dass Rathenau vor seinem Tod zur Beantwortung des Antrags auf Rückkehr »mir gegenüber zum Ausdruck gebracht [hat], daß er das Geschick des Kronprinzen mit besonderer Teilnahme und Wohlwollen verfolge, daß er aber den Eindruck habe, die Frage seiner Rückkehr sei zur Zeit viel weniger eine außen- als eine innenpolitische«. Die innere Lage hatte sich jedenfalls noch nicht ausreichend geändert. Schon gar

37 Müldner von Mülnheim, »Kalender der wichtigsten Wieringer Daten«. BAB. Nachlass Müldner, Nr. 2.

38 Müldner an Rathenau, 20. April 1922 und Lucius von Stuedten an Von Haniel, 21. April 1922 und 3. Mai 1922. PA. R98524.

39 Oeser an Von Rosenberg mit Anhang von Oeser, »Aufzeichnung über die Rechtsfrage der Rückkehr des früheren Kronprinzen nach Deutschland«, ohne Datum. BAB. Akten der Reichskanzlei, R43 I/2204.

40 Abschrift Wilhelm an das Deutsche Generalkonsulat Amsterdam, 31. Mai 1922 und Lucius von Stuedten an Von Haniel, 22. Juni 1922. PA. R98524.

nicht jetzt: »Die Frage der Rückkehr ist durch den Mord Rathenaus natürlich wiederum auf das allerschwerste geschädigt.«<sup>41</sup>

So musste Wilhelm zähneknirschend hinnehmen, dass ihm durch Zutun seines eigenen Vaterlandes ein weiterer Winter auf Wieringen bevorstand. Das fiel ihm immer schwerer. Müldner ergriff im neuen Jahr wieder die Initiative und fragte, wann man Auskunft über das vor einem Jahr beantragte Einreisevisum erhalten werde. Reichspräsident Ebert, Kanzler Cuno und Innenminister Oeser winkten sofort ab.<sup>42</sup> Das war auch nicht verwunderlich, denn Frankreich, das inzwischen von Poincaré geführt wurde, und Belgien hatten gerade das Ruhrgebiet besetzt, um Deutschland zu Reparationszahlungen zu zwingen und die Entwaffnung zu kontrollieren. Deutschland stöhnte inzwischen unter der selbst gewählten Politik des passiven Widerstands, die das Land wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds brachte und intern ernsthaft spaltete.

»Grob aber diplomatisch« erschien Müldner jetzt als die beste Strategie. Er wollte sofort beim Reichskanzler einen Einreiseantrag stellen. Lucius übte Druck aus, indem er über den »denkbar traurigsten Eindruck« schrieb, den er während des Gesprächs mit dem Prinzen auf Wieringen hatte. Als die deutsche Regierung Wilhelm weiterhin abwies, wollte er ohne Erlaubnis zurückkehren. Die niederländische Regierung würde ihn nicht daran hindern, hatte Kan ihm schon längst versprochen.<sup>43</sup> Um die Abreise vorzubereiten, traf Müldner persönlich die verschiedenen Minister. Sollten sie seinem Antrag nicht stattgeben, blieb ihm nur noch, den Staatsgerichtshof anzurufen, drohte Müldner. Der Außen- und der Verteidigungsminister hörten sich seine Argumentation geduldig an.<sup>44</sup> Ebert weigerte sich jedoch, ihn noch einmal zu empfangen und auch Cuno hielt seine Türen nun geschlossen.

Müldner hatte aber gute Kontakte zu Stresemann, der inzwischen designierter Nachfolger von Cuno war. Man sprach sogar über eine neue Reise Stresemanns nach Wieringen, verzichtete dann jedoch angesichts der angespannten Situation darauf.<sup>45</sup> Stresemann schien sich für Wilhelm auf das Äußerste einzusetzen, auch wenn er kein Geheimnis daraus machte, dass es in dieser für Deutschland national wie international schwierigen Lage nicht allzu viel Hoffnung gab. Dieses Wohlwollen von Stresemann war erfreulich, aber nach den vielen Jahren auf Wieringen blieb Wilhelm misstrauisch. Es gab immer neue Gründe, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, sodass inzwischen schon der 25. Juni 1923 angebrochen war. In einem Brief an Müldner schrieb Wilhelm an diesem Tag die Worte

41 Simon an Müldner, 5. Juli 1922. PA. R28602.

42 »Aufzeichnung Mackensen über eine Unterredung mit Müldner«, 5. März 1923 und 9. März 1923. PA. R28602.

43 Lucius von Stodten an Von Maltzan, 11. Juni 1923. PA. R98524.

44 »Aufzeichnung Mackensen über ein Unterredung mit Müldner«, 3. Juli 1923 und »Vermerk Rosenberg über Unterredung mit Müldner«, 6. Juli 1923. BAB. Akten der Reichskanzlei, R43 I/2204.

45 Stresemann an Müldner, 28. Mai 1923. PA. Nachlass Stresemann, Nr. 259.

»fabelhaft, nicht«. <sup>46</sup> Stresemann schrak jedoch nicht davor zurück, Wilhelm zu schreiben, dass ein weiterer langer Winter auf Wieringen unerwünscht war, wie schwierig sich die Situation in Deutschland auch gestaltete. <sup>47</sup>

Natürlich war es vielversprechend, als Stresemann dann am 13. August Reichskanzler wurde. Unmittelbar darauf wurde er von Müldner besucht. Der Adjutant machte ihn mündlich darauf aufmerksam, dass es jetzt Zeit für einen offiziellen Antrag auf die viel diskutierte Rückkehr war. Am 18. August konnte er Wilhelms schriftlichen Antrag tatsächlich einreichen. Wilhelm verwies darauf, dass seine Rückkehr inzwischen ohnehin keine neuen Fakten mehr schaffen würde. Noch im Herbst wollte er deshalb heimkehren. <sup>48</sup> Stresemann tat sein Bestes, wusste aber auch, dass die Kronprinzenfrage fatal für seine Bemühungen sein konnte, eine Einigung über die deutsche Position zur Ruhrbesetzung zu erzielen. Als die Zeitungen Ende September meldeten, dass Deutschland den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben hatte, drängte Wilhelm auf klare Worte. Er forderte eine Entscheidung bis zum 5. Oktober. <sup>49</sup> Stresemann ließ sich nicht unter Druck setzen, zumal ihm das Scheitern seines ersten Kabinetts zusätzliche Schwierigkeiten bereitete. Er versprach eine Entscheidung um den 20. Oktober. <sup>50</sup> Und er hielt sein Wort. In der Kabinettsitzung vom 23. Oktober 1923 beschloss das Kabinett endlich, dass Wilhelm nach Hause durfte. Das Abreisedatum musste er in Rücksprache mit der Regierung festlegen. Er sollte sich in seinem Schloss in Oels niederlassen und musste ausdrücklich versprechen, sich aus der Politik herauszuhalten. <sup>51</sup>

Stresemann wusste nur allzu gut, dass diese Entscheidung sowohl seiner Innenpolitik als auch seinen internationalen Beziehungen abträglich sein konnte. Er war aber der Meinung, dass der Kronprinz nicht noch länger Leidtragender von politischen Überlegungen sein durfte. Es musste nun endlich der Tag gekommen sein, an dem Deutschland den Folgen von Wilhelms Rückkehr gegenübertrat, wie groß die Aufregung auch sein mochte. Intern hatte es Stresemann gerade mit revolutionären Aktivitäten in Sachsen und Thüringen zu tun, die er kraftvoll unterdrückte, nebenbei musste er sich mit der nationalistischen Bewegung in Bayern auseinandersetzen. Es war nicht einmal ausgeschlossen, dass ein Staatsstreich in München dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht auf den Thron verhelfen würde. Dieser konnte sich bei einer möglichen Wiederherstellung der deutschen

46 Wilhelm an Müldner, 25. Juni 1923. BAB. Nachlass Müldner, Nr. 4.

47 Stresemann an Wilhelm, 23. Juli 1923. H. BERNHARD (Hrsg.), *Stresemann Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, Bd. 1, Berlin 1932, S. 215–219.

48 Von Müldner an Stresemann, 18. August 1923 mit als Anhang Wilhelm an Stresemann, August 1923. BAB. Akten der Reichskanzlei, R43 I/2204.

49 Wilhelm an Stresemann, 29. September 1923. BERNHARD (wie Anm. 47), S. 218 f.

50 Von Müldner an Stresemann, 1. Oktober 1923. BAB. Akten der Reichskanzlei, R43 I/2204.

51 Kabinettsitzung 23. Oktober 1923. K.-D. ERDMANN/M. VOGT (Hrsg.), *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I u. II*, Boppard am Rhein 1978, Nr. 167; Stresemann an Wilhelm, 24. Oktober 1923. BERNHARD (wie Anm. 47), S. 221 f.

Monarchie sogar als Konkurrent für Wilhelm erweisen. Umgekehrt konnte eine Rückkehr von Wilhelm den rechten Vormarsch in Bayern behindern. Die Folge war, dass Wilhelms Rückkehr im deutschen Kabinett nicht von linken, sondern von rechten Ministern kritisiert wurde.<sup>52</sup> Neben dieser komplizierten internen Frage musste sich Stresemann natürlich auch noch mit der Ruhrbesetzung und den Reparationszahlungen an die Alliierten befassen. Nach der Beendigung des passiven Widerstands sollten die Verhandlungen über Reparationszahlungen wieder aufgenommen werden. Die Alliierten konnten eine Rückkehr des Kronprinzen als Zeichen mangelnder Kooperation vonseiten Deutschlands auffassen. Der französische Ministerpräsident Poincaré, der jedes Zugeständnis an Deutschland ablehnte, konnte diese Situation zum Anlass nehmen, harte Bedingungen zu stellen.

Allem Anschein nach wollte Stresemann unter diesen Bedingungen den internationalen Schock einer Rückkehr dämpfen, indem er die Frage zuvor inoffiziell mit dem britischen Botschafter Lord d'Abernon besprach. Jedenfalls informierte er d'Abernon sofort darüber, dass Wilhelm die Erlaubnis erhalten hatte, zurückzukehren.<sup>53</sup> Vielleicht hoffte Stresemann, dass er Frankreich mithilfe von d'Abernon ruhig halten konnte. Mit dieser Taktik brachte er allerdings die Interessen der Niederlande in Bedrängnis. In den Vorjahren hatte sich gezeigt, dass die Alliierten die Niederlande sofort unter Druck setzten, wenn es auch nur Gerüchte über eine Rückkehr Wilhelms gab. Natürlich waren diese Gerüchte immer schwer zu verhindern, überhaupt dann, wenn unter der Hand schon Informationen zu den Alliierten gelangt waren. Aus Nachrichten von Kan ließ sich entnehmen, dass die niederländische Regierung den Kronprinzen dennoch nicht aufhalten würde. Man hatte wiederholt versprochen, Wilhelm jederzeit gehen zu lassen, wenn er seine Abreise nur ankündigte. Und dabei blieb die Regierung auch.<sup>54</sup> Als nun – wahrscheinlich auch durch Zutun von Stresemann selbst – so viele Gerüchte in Umlauf kamen, erschien es besser, die formelle Ankündigung so kurz wie möglich vor der Abreise zu machen. Dann brauchte die Regierung den Alliierten nicht vorzeitig zu erzählen, dass die Zustimmung zur Abreise schon erteilt war.

Die offizielle Unkenntnis von der eventuellen Abreise wurde umso wichtiger, als sich zeigte, dass die alliierten Gesandten eine mögliche Rückkehr viel ernster nahmen, als Stresemann es sich wohl erhofft hatte. Der französische Gesandte in Den Haag tat alles in seiner Macht Stehende, um bei so vielen Personen wie möglich genau nachzufragen, welche Vereinbarungen getroffen wurden.<sup>55</sup> Obwohl die britische Regierung der Kronprinzenfrage an sich weniger Bedeutung zumaß, war

52 Ebd. (Wie Anm. 51).

53 D'Abernon an Foreign Office, 27. Oktober 1923. TNA. FO371/8755, C18529; LORD D'ABERNON, *An Ambassador of Peace. Lord d'Abernon's Diary*. Bd. II. London 1929, S. 267.

54 Auch gegenüber den ausländischen Gesandten machte Kan daraus kein Geheimnis. Benoist an MAE, 8. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

55 Benoist an MAE, 27. Oktober 1923 und De Margerie an Poincaré, 3. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

ihr klar, dass die Frage die Beziehungen mit den Franzosen gefährden konnte. Die Franzosen würden die Sache zum Anlass nehmen, um Härte gegen Deutschland zu zeigen. So konnten sich die Gegensätze zu den Briten vergrößern. Die von Stremmann erhoffte mäßigende Wirkung der Briten blieb deshalb aus. In der jetzigen Situation hatte auch die britische Regierung im Sinne der alliierten Einheit ein Interesse daran, dass Wilhelm in den Niederlanden blieb. Eine offizielle Warnung vor einer eventuellen Abreise an die niederländische und deutsche Adresse war somit zu erwarten.

So beschleunigten sich die Entwicklungen in dieser Frage plötzlich in unerwartetem Ausmaß. Wilhelm wollte so schnell wie möglich in Deutschland sein, bevor der diplomatische Sturm losbrach. Mithilfe Müldners wurde in Berlin schnell die Rückreise vorbereitet und in den Niederlanden reiste Kan mehrmals nach Wieringen, um die Sache zu regeln. Es kostete noch einige Tage Zeit, um Autos mit Benzin und die erforderlichen Papiere zum Passieren der Grenze zu organisieren. Dann machte sich der Prinz unter strengster Geheimhaltung am sehr frühen Morgen des 10. November 1923 auf den Weg. Mit dem Boot ging es in das Dorf Van Ewijcksluis, wo Autos ihn für die Fahrt zur Grenze bei Bad Bentheim abholten. Da das Telegrafenamnt in Wieringen erst um neun Uhr öffnete, war Wilhelm schon lange auf dem Weg in Richtung Grenze, bevor jemand auf dem Festland über die Abreise informiert werden konnte. Mit dem Bürgermeister von Wieringen, der den Prinzen bis zur Grenze begleitete, wurde vereinbart, dass dieser erst telegrafieren werde, wenn der Prinz das Land verlassen hatte. Der Grenzübertritt verlief reibungslos. Wilhelm war wieder in seinem eigenen Land und fuhr in drei Tagen nach Oels.

Zu Hause angekommen schickte er Kan eine Nachricht, um ihm für seine Hilfe zu danken. »Ich weiß nicht was wir ohne Sie gemacht hätten. Die Rückfahrt verlief glatt abgesehen davon dass mein 3tes Auto gegen einen Baum fuhr und dabei ein Kriminalbeamter verletzt wurde. Bin fast unerkannt durch mein Vaterland gereist, manches hat sich gewaltig geändert seit 1914. Traurig ist, dass man nirgends mehr Militär sieht (...).«<sup>56</sup> Der Kaiser hatte unterdessen nur versucht, seinem Sohn Steine in den Weg zu legen. Als er von der Abreise hörte, ärgerte er sich maßlos. Er schrieb Wilhelm, dass er diesen Schritt sehr missbillige und ließ das auch seine gesamte Umgebung wissen. Viel konnte er jedoch nicht tun, außer zu verhindern, dass ein paar Möbelstücke, die Wilhelm einmal von Amerongen nach Wieringen gebracht hatte, jetzt nach Deutschland geschafft wurden. Er ordnete an, den Transport an der Grenze zu stoppen: ein Seitenhieb des machtlosen Kaisers, der befürchten musste, sein Vaterland selbst nie wieder zu sehen, und schwer verkräften konnte, dass dies seinem ältesten Sohn noch vergönnt war.<sup>57</sup>

<sup>56</sup> Wilhelm an Kan, 18. November 1923. NA. Nachlass Kan, Nr. 10.

<sup>57</sup> S. VON ILSEMANN, *Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II*, München 1967, S. 298f; Wilhelm an Kan, 18. November 1923. NA. Nachlass Kan, Nr. 10.

*Selbstständigkeitspolitik unter Druck*

Als im Herbst 1923 klar wurde, dass Wilhelms Rückkehr schnell in die Tat umgesetzt werden konnte, geriet die niederländische Selbstständigkeitspolitik mehr als je zuvor unter Druck. Die Kaiserfrage konnte noch beruhigt werden, indem man den Monarchen in den Niederlanden hielt. Der Kronprinz jedoch sollte nun tatsächlich in seine Heimat zurückkehren. Es war vorauszusehen, dass diese Situation zu Maßnahmen von Seiten der Alliierten führen würde.

Diese Maßnahmen wurden hauptsächlich von der so genannten Botschafterkonferenz vorbereitet. Diese Treffen in Paris unter französischer Leitung mit dem britischen, italienischen und japanischen Botschafter und dem belgischen Gesandten waren im Prinzip dazu gedacht, praktische Fragen zur Ausführung des Vertrags von Versailles zu besprechen.<sup>58</sup> Am 8. November wurde dabei die eventuelle Rückkehr des Kronprinzen diskutiert. Da die britische Regierung die Gefahren einer Rückkehr für die Beziehungen mit Frankreich ahnte, konnten sich die Botschafter schnell auf eine entschiedene Warnung an die Adresse Deutschlands und der Niederlande einigen. Sie teilten dem deutschen Gesandten mit, dass sie den Gerüchten über eine Erlaubnis zur Rückkehr keinen Glauben schenken konnten und warnten Deutschland, dass das Land für eventuelle Folgen zur Verantwortung gezogen werde. Der wichtigste Beschluss war jedoch, bei der niederländischen Regierung darauf zu drängen, Wilhelm nicht ausreisen zu lassen. Dies geschah durch einen gemeinsamen Protest beim Außenminister in Den Haag.<sup>59</sup> Ein solcher Protest war in der internationalen Diplomatie ein schweres Mittel. Poincaré überlegte deshalb noch, ob man sich dieses Mittel nicht für einen geeigneteren Zeitpunkt aufheben sollte. Er wollte aber auch nicht die Zügel aus der Hand geben und beschloss deshalb, selbst den Entwurf einer Protestnote zu erstellen.<sup>60</sup> Die italienische Regierung brauchte lange, um ihrem Gesandten in Den Haag die Teilnahme an der Aktion zu gestatten. Deshalb standen die Gesandten erst am Morgen des 10. November vor der Tür des niederländischen Ministers.<sup>61</sup>

Als Ältester ergriff der französische Gesandte Charles Benoist das Wort. Er fragte gleich, ob es schon zu spät war, da Gerüchten zufolge der Kronprinz am selben Morgen abgereist war. Van Karnebeek hatte noch keine offizielle Nachricht darüber erhalten. Er verteidigte den offiziellen Standpunkt, dass die Niederlande Wilhelm nichts in den Weg legen wollten, und gab zu, dass der Prinz seine Abreise

58 G.P. PINK, *The conference of ambassadors (Paris 1920–1931)*, Geneva 1942, S. 20–21, 26–31 und 40–44; J. HEIDEKING, *Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931*, Husum 1979, S. 19–32.

59 Protokoll der Botschafterkonferenz 8. November 1923. TNA. FO893/22.

60 Poincaré an Ambassadeurs français Londres, Rome, Bruxelles, 8. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29; auch Hoesch meinte später auf Nachfrage, dass die Entscheidungen der Botschafterkonferenz so zustande gekommen waren: Hoesch an AA, 15. November 1923. ADAP. Serie A Bd. VIII, S. 633 f. (Nr. 247).

61 Benoist an MAE, 10. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

angekündigt hatte. Er sprach die Wahrheit, aber die Gesandten glaubten ihm nicht recht. Auch ein Anruf bei Ministerpräsident Ruijs de Beerenbrouck, der angeblich ebenfalls nicht wusste, ob der Prinz schon abgereist war, konnte die Zweifel der Gesandten nicht zerstreuen. Unverrichteter Dinge zogen sie wieder ab und erfuhren erst eine Stunde später, dass Wilhelm die Grenze überschritten hatte. Genau wie vereinbart, hatten die Begleiter des Kronprinzen bewusst keine telegrafische Meldung erstattet, um frühzeitige Gerüchte zu vermeiden.<sup>62</sup>

Die Folge war, dass die alliierten Gesandten sowohl Van Karnebeeks Handeln kritisierten als auch auf die internationalen politischen Folgen der eventuellen Rückkehr hinwiesen. Und diese Folgen waren schwerwiegend. Jetzt, wo Wilhelm wieder in Deutschland war, hatten sich die Konstellationen auf dem diplomatischen Schachbrett gehörig geändert. Der britische Minister Curzon wusste, dass Frankreich jetzt ein ausgezeichnetes Mittel für ein hartes Vorgehen gegen Deutschland in der Hand hatte. Seine Versuche, die Ruhrbesetzung und die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen mit einer versöhnlichen Herangehensweise zu einem guten Ende zu bringen, waren damit ruiniert.<sup>63</sup> Und tatsächlich wollte Poincaré mit seinem Entwurf einer diplomatischen Note Deutschland die Daumenschrauben anlegen. Wilhelm, der offiziell noch immer auf der Kriegsverbrecherliste stand, sollte sofort ausgeliefert und die Reparationszahlungen natürlich wieder aufgenommen werden, sonst würden die Alliierten noch mehr deutsche Städte besetzen.<sup>64</sup>

So einfach konnte Poincaré seinen Willen aber nicht durchsetzen. Die britische Regierung war nur zu einer allgemeinen Erklärung bereit, dass Deutschland für alle Folgen der Rückkehr des Kronprinzen verantwortlich gemacht werde.<sup>65</sup> Auch Belgien hielt sich mit seiner Meinung hinter dem Berg und der italienische Führer Mussolini wollte von einem Bruch mit Deutschland schon gar nichts wissen.<sup>66</sup> Poincaré wurde nur von Polen und der so genannten kleinen Entente, bestehend

62 »Dagboek van Van Karnebeek inzake het vertrek van de ex-kroonprins«, 10. November 1923. DBPNL, Periode A Bd. V, S. 62–66 (Nr. 45).

63 Curzon teilte der deutschen Regierung schon bald mit, dass ihm unverständlich war, warum Deutschland mit diesem Schritt seine eigene Situation so erschwert hatte. Sthamer an AA, 14. November 1923. ADAP. Serie A Bd. VIII, S. 631 f. (Nr. 246); Curzon an d'Abernon, 14. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 899–901 (Nr. 641).

64 Poincaré an die französischen Botschafter in London, Rom und Brüssel, 13. November 1923. MAE. Z.-Allemagne, Nr. 29; Curzon an Crewe, 12. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 891 (Nr. 634) und 891–893 (Nr. 635).

65 Curzon an Crewe, 14. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 897–899 (Nr. 640).

66 Grahame an Curzon, 15. November 1923 und Crewe an Curzon, 16. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 902 (Nr. 642) und 903 f. (Nr. 644); Roediger an AA, 16. November 1923. ADAP. Serie A Bd. IX, S. 8 f. (Nr. 4); Graham an Curzon, 16. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 909–911 (Nr. 649); Poincaré an Botschaft in Rom, 17. November 1923. MAE. Z.-Allemagne Nr. 29.

aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, unterstützt.<sup>67</sup> Curzon war von Poincarés Auftritt nicht besonders beeindruckt und sorgte selbst für Zündstoff, indem er drohte, den britischen Gesandten von der Botschafterkonferenz abzuziehen.<sup>68</sup>

Hoesch, der deutsche Gesandte in Paris, blickte der drohenden Zerrüttung mit Angst entgegen. Wenn es tatsächlich so weit kam, war Deutschland nur noch weiter von seinem Ziel entfernt. Die Briten würden sich zurückziehen und Deutschland müsste sich vor einem wütenden Frankreich retten, das die vollkommene Unterwerfung forderte. Hoesch tat deshalb sein Möglichstes, um Frankreich zur Einkehr zu bringen. Informell überreichte er einem französischen Spitzenbeamten den Text mit dem Thronverzicht des Kronprinzen und die Bestätigung, dass der Kaiser keineswegs plante, ebenfalls nach Deutschland zu kommen, was ihm die deutsche Regierung darüber hinaus auch nicht gestatten würde.<sup>69</sup> Hoesch hoffte auf die Bereitschaft Frankreichs, angesichts solcher Garantien einem Kompromiss zuzustimmen.

Curzon hatte unterdessen eingesehen, dass ein vollkommener Bruch mit Frankreich seinen Versuchen, die Krisen in Deutschland zu beenden, nicht förderlich war. Curzons Drohung allein war außerdem schon genug, um Poincaré zu überzeugen, dass eine neuerliche harte Gemeinschaftsaktion gegen Deutschland unmöglich war. Poincaré war schlichtweg machtlos. Mit großem Widerwillen nahm Frankreich während der verschiedenen Sitzungen der Botschafterkonferenz deshalb immer wieder einige scharfe Kanten aus dem Text heraus, bis eine zahnlose Erklärung übrig blieb. Der letztendliche Beschluss der Botschafterkonferenz war sehr zurückhaltend. Deutschland sollte für alle Folgen von Wilhelms Rückkehr verantwortlich gemacht werden, doch wie und unter welchen Bedingungen dies zu einer Aktion führen konnte, war unklar. Der einzige Erfolg war, dass Wilhelms Erklärung es vereinfachte, Deutschland für jeden Schritt des Kronprinzen, der auch nur in irgendeiner Weise mit Politik zu tun hatte, verantwortlich zu machen.<sup>70</sup> Das war natürlich eine bittere Niederlage für Poincaré, doch er gab nicht auf. Die

67 Poincaré an die Gesandten in Prag, Warschau, Bukarest und Belgrad, 16. November 1923. MAE. Z-Allemagne Nr. 29; vor allem die Tschechen versuchten aktiv, Maßnahmen gegen Deutschland in die Wege zu leiten: Koch an AA, 15. November 1923, 16. November 1923. Maltzan an Koch, 17. November 1923. Alle PA. R28602; Koch an AA, 21. November 1923. ADAP. Serie A Bd. IX, S. 18 f. (Nr. 9).

68 Curzon an Crewe, 17. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 911–913 (Nr. 650); Crewe an Curzon, 18. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 916 f. (Nr. 654).

69 Maltzan an Hoesch, 17. November 1921 und Hoesch an Maltzan, 21. November 1923. PA. R28602; Hoesch an Peretti, 18. November 1923, zu finden im Telegramm Hoesch an Maltzan, 21. November 1923. PA. Nachlass Maltzan, 3/20; Schubert an Maltzan, 24. November 1923. PA. R28602; PINK (wie Anm. 58), S. 252 f.

70 HEIDEKING (wie Anm. 58) S. 255; Crewe an Curzon, 19. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 923 (Nr. 657); Crewe an Curzon, 21. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 931 (Nr. 663); Protokoll der Botschafterkonferenz 12., 15. und 19. November 1923. TNA. FO893/22; Protokoll der Botschafterkonferenz 21. November 1923. TNA. FO893/23.

Kronprinzenfrage war für ihn immer noch ein ideales Mittel, um Deutschland unter Druck zu setzen. Wenn nötig, würde er auch vor einem vollkommenen Bruch mit den Briten nicht zurückschrecken, ließ er deutlich wissen.<sup>71</sup> Doch das waren nur Worte – für Taten fehlten Frankreich vorläufig die wirtschaftlichen und politischen Mittel.

Mit den französisch-britischen Spannungen im Hintergrund wurde der niederländische Minister Van Karnebeek für die Folgen von Wilhelms Abreise mitverantwortlich gemacht. Die Gesandten in Den Haag fühlten sich von der Unterredung mit Van Karnebeek brüskiert. All die Unklarheiten darüber, ob der Kronprinz nun abgereist war oder nicht, vermittelten ihnen den Eindruck, Opfer unerhörter Geheimniskrämerei und vielleicht sogar Verlogenheit geworden zu sein.<sup>72</sup> Später wurde in niederländischen diplomatischen Kreisen auch die Frage aufgeworfen, ob Kan und Ruijs de Beerenbrouck vernünftig handelten, als sie die Begleiter von Wilhelm beauftragten, erst zu telegrafieren, nachdem der Prinz tatsächlich die Grenze überschritten hatte. Es machte die Wahrung der bekannten Selbstständigkeitspolitik nicht gerade einfacher.

Van Karnebeek sah keinen Grund, klein beizugeben. Er kritisierte vor allem das schwere Geschütz einer kollektiven diplomatischen Aktion. Es war, als ob die Gesandten den neutralen Niederlanden vorschreiben wollten, wie mit Wilhelms Plänen umzugehen sei. Das erschien ihm als Angriff auf die Souveränität des Landes. Er beauftragte seine Gesandten in den verschiedenen alliierten Hauptstädten damit, zu betonen, dass die Niederlande sich diese Vorgehensweise verbat. Das Land hielt sich an die Regeln des Völkerrechts und seines eigenen Rechtssystems. Diese Regeln erlaubten es nicht, Wilhelm festzuhalten. Der belgische Minister Jaspar ließ sich von juristischen Argumenten nicht beeindrucken. Seiner Meinung nach hatten die Niederlande eine umfassendere internationale Verpflichtung. Der deutsche Widerstand gegen die Alliierten war in vollem Gang. Jaspar hielt es für möglich, dass die Rückkehr des Kronprinzen zum »Signal für einen Aufstand gegen die Besatzungsbehörden und zum Anfang eines neuen Weltkriegs« wurde. Bei einer derartigen Katastrophe hätten die Niederlande die Verantwortung zu tragen gehabt.<sup>73</sup>

Doch auch die niederländischen Gesandten in London und Paris verteidigten ihren Standpunkt. Van Karnebeek wollte dabei auch eine Antwort auf die Frage, ob der gemeinsame Besuch von den Briten oder Franzosen initiiert war. Er konnte sich nicht so recht vorstellen, dass Curzon den Niederlanden tatsächlich auf die Finger klopfen wollte – ein Eindruck, den er bei einem Gespräch mit dem briti-

71 Poincaré an Crewe, 21. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

72 Benoist an MAE, 11. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29; Marling an Curzon, 10. November 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 879–882 (Nr. 630); Seymour an Curzon, 12. November 1923. TNA. FO371/8756, 19753.

73 Van Vredenburg an Van Karnebeek, 14. November 1923. NA. Gesandtschaft Belgien (2.05.43) Nr. 986 (Zitat ursprünglich auf Niederländisch).

schen Gesandten gleich nach dem gemeinsamen Besuch der Botschafter gewann. Auch eine Nachfrage bei der französischen Regierung wies darauf hin, was Van Karnebeek einigermaßen verwunderte. Der Gesandte in London De Marees van Swinderen wurde deshalb ersucht, Curzon um Aufklärung zu bitten.<sup>74</sup>

Es dauerte einige Zeit, bis Curzon ihn empfangen konnte. Als es endlich so weit war, war der britische Minister gut vorbereitet. Neben der Bestätigung, dass die Initiative von Seiten der Briten ausging, hatte auch er einige Fragen. Er nahm es den Niederlanden sehr übel, dass sie die Politik der britischen Regierung erschwert hatten. Mit dem Besuch der Gesandten wollte man die Niederlande darauf hinweisen, dass sie für die Folgen von Wilhelms Rückkehr verantwortlich seien. Curzon fügte dem gleich hinzu, dass die niederländische Regierung natürlich immer selbst entscheiden konnte, ob sie die Folgen dieser Rückkehr tragen wollte. Er wusste nur zu gut, dass sich die Niederlande keine Vorschriften machen lassen wollten, und beschloss, diesen wunden Punkt nicht anzusprechen. Die britische Regierung empfand es nur als unvernünftig von den Niederlanden, die Folgen der Rückkehr auf sich zu laden, argumentierte Curzon.

Es war eine tückische Argumentation, die vom Recht der Niederlande ausging, Wilhelm festzuhalten. Natürlich hielten die Niederlande dem sofort die juristische Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme entgegen. Nachdem Wilhelm die Erlaubnis der deutschen Regierung erhalten hatte, heimzukehren, konnten ihn die Niederlande nicht mehr aufhalten. Das hatte die Regierung von Anfang an klar und deutlich gesagt. Curzon hatte für diese Linie nicht viel übrig. Wie auch sein belgischer Kollege kritisierte er, dass sich hinter dieser juristischen Fassade eine Politik verstecke, die jeder außenpolitischen Verantwortung entbehre.

Curzons Antwort auf Van Swinderens Frage, ob er mit diesen harten Worten die Folgen von Wilhelms Rückkehr nicht ein wenig überschätze, war deutlich: »But please, look at what happened these days in Paris; it nearly broke the entente.« Die niederländische Regierung mochte darauf bestehen, dass es keine juristische Basis gab, den Kronprinzen festzuhalten, so viel sie wollte – hätte die Regierung auch nur ein bisschen auf die politischen Folgen geachtet, hätte sie sich nicht auf diesen engen juristischen Standpunkt stellen müssen. »Die Interpretation passt sich recht leicht den politischen Anforderungen an«, behauptete Curzon laut dem Bericht von Van Swinderen.<sup>75</sup> Mit diesem Gegenstandspunkt konnte der niederländische Gesandte bei weiteren Unterredungen noch so viele juristische Argumente vorbringen – all das ändere laut Curzon nichts an seiner Überzeugung, »that your government had to be blamed in this affair«. Schließlich konnte es doch nicht sein, dass »a question of European importance ought to be decided upon

74 Van Karnebeek an Van Swinderen, 12. November 1923. DBPNL. Periode A Bd. V, S. 96 f. (Nr. 51).

75 De Marees van Swinderen an Van Karnebeek, 20. November 1923. DBPNL Periode A Bd. V, S. 122 f. (Nr. 67) (Zitat ursprünglich auf Niederländisch).

the narrowest interpretation of the municipal law of Holland?»<sup>76</sup>

Van Swinderen fand, dass Curzon den Wert des niederländischen »municipal law« gegenüber politischen Überlegungen doch ein wenig zu gering einschätzte. Auch wenn die Alliierten mit ihrer Warnung an die Niederlande schneller gewesen wären, wäre kein anderes Vorgehen möglich gewesen. Es hätte nur eine ernsthafte Krise herbeigeführt. Den Niederlanden war es nämlich wichtig, ihre bekannte Position aus den Kriegsjahren aufrechtzuerhalten, erklärte er Curzon. »Als neutrales Land während des Kriegs war es auch nach Kriegsende seiner Auslandspolitik treu geblieben, um sich so wenig wie möglich in die Politik der Großmächte einzuschalten. Für eine solche Politik bedeutete die unverhältnismäßige Berücksichtigung von rein international-politischen Überlegungen das Einschleusen eines Elements, dessen Gefahren nicht abzuschätzen waren.«<sup>77</sup> So wurde in der Kronprinzenfrage international demonstriert, dass die Niederlande nicht bereit waren, von ihrer bekannten Selbstständigkeitspolitik abzugehen, auch wenn sich die internationalen Verhältnisse noch so stark verändert haben mochten. Die britische Regierung beschloss letztendlich, die Diskussion damit zu beenden.

Der Hauptgrund, warum Curzon andere Reaktionen auf die Rückkehr Wilhelms ablehnte, lag in der Position Frankreichs. Nachdem sich die alliierten Minister zu einem gemeinsamen Schritt bei Van Karnebeek entschlossen hatten, nutzte der französische Gesandte Benoist die Gelegenheit für ein scharfes Vorgehen gegen die Niederlande und plädierte sogar für Sanktionen.<sup>78</sup> Benoist war außerdem sehr erhitzt, weil er glaubte, Van Karnebeek habe ihn hinters Licht geführt, als er gefragt wurde, ob der Prinz schon weg war. Das hatte die Stimmung der Unterredung so sehr angeheizt, dass Van Karnebeek sogar in Paris erklärte, dass er Benoist lieber ausgetauscht sehen würde.<sup>79</sup> Zum Ärgernis von Benoist widmete Poincaré dessen wütender Berichterstattung wenig Aufmerksamkeit. Als Wilhelm erst einmal in Deutschland war, befasste sich der französische Ministerpräsident nicht mehr so sehr mit den kleinen Niederlanden. Ihm ging es viel mehr um den großen deutschen Feind, gegen den er mit der Kronprinzenfrage ein Mittel in der Hand hatte. Bekanntermaßen war dies jedoch genau jene Politik, die die britische Regierung ablehnte, da sie nur noch mehr internationale Unruhe verursacht hätte.

Unter diesen Umständen konnte Curzon die Niederlande nicht einfach zwingen, die Interessen der Alliierten und vor allem der Briten zu unterstützen. Das war nur in Zusammenarbeit mit Frankreich effektiv möglich. Poincaré ließ allerdings erkennen, dass diese Zusammenarbeit nur zustande kommen konnte, wenn Curzon

76 Van Swinderen an Van Karnebeek, 13. Dezember 1923. DBPNL. Periode A Bd. V, S. 179–181 (Nr. 101); Curzon an Marling, 13. Dezember 1923. DBFP. 1st series Bd. XXI, S. 953 f. (Nr. 683).

77 Van Swinderen an Van Karnebeek, 13. Dezember 1923. DBPNL. Periode A Bd. V, S. 179–181 (Nr. 101) (Zitat ursprünglich auf Niederländisch).

78 Benoist an MAE, 14. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

79 Van Karnebeek an Loudon, 19. November 1923. DBPNL. Periode A Bd. V, S. 120 f. (Nr. 65); »Visite du ministre des Pays-Bas à M. de Peretti«, 22. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

sich auch an den harten Maßnahmen gegen Deutschland beteiligte. Damit war jedoch nicht gesagt, dass Poincaré gar nicht bereit war, auch die Niederlande in dieser Frage unter Druck zu setzen. Auf der Botschafterkonferenz schlug er nämlich genau das vor.<sup>80</sup> Die Briten hatten von diesem Organ mittlerweile die Nase voll. Poincaré griff ihrer Meinung nach zu oft darauf zurück. Er missbrauchte es als »Beschlussfassungsorgan um die Ecke«, um seinen Willen durchzusetzen. Es war ein Grund für Curzon, keinen zweiten gemeinsamen diplomatischen Aufmarsch bei Van Karnebeek zu unterstützen, sondern selbst die Debatte anzuführen. Poincaré konnte sich bei Loudon, dem niederländischen Gesandten in Paris, austoben. Der französische Ministerpräsident zeigte jedoch wenig Lust, sich Van Karnebeek auf diese klassische Weise, unabhängig von »seiner« Botschafterkonferenz, vorzunehmen. Das Gespräch mit Loudon am Quai d'Orsay über diese Frage führte somit auch kaum zu Spannungen.<sup>81</sup> Die gegensätzlichen Meinungen über die Art der gebotenen Diplomatie drosselten die Schlagkraft der Alliierten also weiter.

Unter diesen Bedingungen machten es die französisch-britischen Gegensätze für die Niederlande leichter, auch in der Kronprinzenfrage ihre Selbstständigkeitspolitik aufrechtzuerhalten und sogar explizit die britische Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Wichtig für diesen Erfolg war, dass Kan Wilhelms Abreise rechtzeitig geregelt hat. Wäre Wilhelm zum Zeitpunkt des britischen Vorgehens noch nicht weg gewesen, hätte das die Probleme dementsprechend vergrößert. Darin zeigt sich, dass Wilhelms blitzschnelle Abreise, sofort nachdem er die niederländische Regierung offiziell darüber informiert hat, ein essenzieller Teil der niederländischen Strategie war. Auch die Taktik, nichts zu verlautbaren, bevor Wilhelm die Grenze überschritten hat, passt in dieses Bild. Nachteilig an diesem Schritt war allerdings, dass er Van Karnebeek Probleme mit den Gesandten bescherte.

So sehr die Niederlande darauf abzielten, den Prinzen schnell außer Landes zu bringen, ohne Anlass zur Unruhe zu geben, zeigte sich auch in der niederländischen Reaktion auf seine formelle Ankündigung der Abreise. In diesem Brief vom 9. November ließ Wilhelm auch Königin Wilhelmina seinen Dank für die Gastfreundschaft ausrichten.<sup>82</sup> Darauf erhielt er jedoch nie eine Antwort. Das Kabinett der Königin fragte die Regierung zwar, ob eine Beantwortung dieser Dankesworte wünschenswert sei, die Regierung riet jedoch stark davon ab.<sup>83</sup> Das hätte nämlich den Eindruck erweckt, dass sich die Regierung ganz auf Seiten von Wilhelm befand, was der Selbstständigkeitspolitik widersprochen hätte. Im

80 Poincaré an Botschafter/Gesandte in Den Haag, London, Brüssel und Rom, 23. November 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29.

81 »Visite du ministre des Pays-Bas à M. de Peretti«, 7. Dezember 1923. MAE. Z-Allemagne, Nr. 29; Loudon an Van Karnebeek, 7. Dezember 1923. DBPNL. Periode A Bd. V, S. 166 f. (Nr. 92).

82 Wilhelm an Ruys de Beerenbrouck, 9. November 1923. NA. Nachlass Ruys de Beerenbrouck (2.21.233), Nr. 54.

83 Van Tets van Goudriaan an Van Karnebeek und Ruijs de Beerenbrouck, 12. November 1923 und Ruijs de Beerenbrouck an Wilhelmina, 14. November 1923. Alle NA. Ministerrat (2.02.05.02), Nr. 204.

Geiste dieser Selbstständigkeitspolitik behandelten die Niederlande Wilhelm, wie das Gesetz es erforderte, allerdings ohne politische oder moralische Überlegungen über eine Unterstützung des Prinzen. Kontakte zwischen Wilhelmina und Wilhelm durften deshalb nicht zustande kommen, ebenso wenig wie jegliche andere Schritte, die eine besondere Verbundenheit der Niederlande zu den Vertretern des ehemaligen deutschen Kaiserreichs suggerieren konnten. Für die Regierung war dies die Voraussetzung dafür, dass sie während Wilhelms Aufenthalt bis zu seiner Rückkehr nach den Grundsätzen ihrer Selbstständigkeitspolitik handeln konnte.